

## Sessionsbericht – Ständerat Herbstsession 2012

Von Markus Stadler, Ständerat

Die jüngste Session des Ständerats hatte ihre Besonderheiten. Nicht nur von den Themen her, das wäre eine selbstverständliche Beobachtung, sondern bezüglich der zum Teil knappen Resultate in den Abstimmungen und den umstrittenen Details.

Beim Asylgesetz störte mich die Änderung des Flüchtlingsbegriffs via Dringlichkeitsrecht. Ich begrüsst demgegenüber die differenziertere Lösung gegenüber jener des Nationalrats, d.h. die finanzielle Ausstattung dieser Menschen, je nachdem, ob sie während des Prüfungsverfahrens zusammenarbeitwillig oder straffällig sind oder eben nicht. Der Druck, „etwas zu tun“ war im Saal geradezu greifbar, auch wenn nicht bei allen Massnahmen volle beabsichtigte Wirkung unter Einhaltung des eigentlichen Gesetzeszwecks erwartet werden kann. Prozentual eher wenige, aber aufwühlende Missbräuche haben jedenfalls das Parlament zu Aktivität und sogar Dringlichkeitsrecht angehalten.

Die Missbrauchsfälle bei den Subunternehmerverhältnissen in Bezug auf die Dumpinglöhne sind gemäss Bundesrat jedoch hoch und mit ca. 20% klar ausgewiesen. Die nächste Debatte zur Personenfreizügigkeit (Erweiterung um Kroatien) steht vor der Tür. Sie hat schliesslich dazu geführt, dass der Ständerat – entgegen den Erwartungen der Medien – dem Bundesrat gefolgt ist und die schärfere Variante gewählt hat: Kettenhaftung des Erstunternehmers mit der Möglichkeit, sich mit der ausgewiesenen Sorgfaltsanwendung von dieser Haftung zu befreien. Ausbaugewerbe und Gewerkschaften haben bei dieser Entscheidung pro flankierte Personenfreizügigkeit, den ich unterstützt habe, nicht unwesentlich mitgewirkt.

Die Fülle der E-mails und Zuschriften, die uns bei diesem Thema im Vorfeld erreicht hat, wurde allerdings bezüglich der Swissnessvorlage noch wesentlich übertroffen. Ausländische Konkurrenzbefürchtungen und Ausschlussbemühungen kreuzten sich mit inländischen und führten zu nicht wenigen Verwirrungen. Nachdem zuhanden der Ständeratsdebatte noch zahlreiche Änderungsanträge eingereicht wurden, haben wir das Geschäft – nach der Eintretensdebatte – in die vorberatende Kommission zurückgewiesen.

Dem Präventionsgesetz, das nur sehr knapp die Eintretenshürde geschafft hatte, wurde vor Monaten im Ständerat vorerst die Lösung der Ausgabenbremse verweigert: also Gesetz ja, aber ohne die notwendigen Moneten. Als Nationalrat und Einigungskonferenz schliesslich eine Lösung gefunden hatten schickte der Ständerat via Nichterreichen des qualifizierten Mehrs beim Lösen der Ausgabenbremse das Gesetz in den Papierkorb. Das ist unbefriedigend, weil es um die Volksgesundheit und einen 60 Milliardenmarkt geht und auch erstaunlich. Denn mit der Ablehnung wird kein Franken weniger in der Prävention ausgegeben, einfach weiterhin relativ unkoordiniert, wie heute.

Meine Motion 12.3436 hat der Ständerat leider knapp abgelehnt. Sie wollte den Bundesrat beauftragen, bis spätestens zur Eröffnung des Gotthard-Basistunnels eine wenn möglich mit den Nachbarländern abgestimmte Alpentransitbörse oder eine ähnliche Massnahme einzuführen, um das

Mengenziel nach Güterverkehrsverlagerungsgesetz zu erreichen, das heute um etwa hundert Prozent überschritten wird. So wie diese Diskussion in Bundesrat und Parlament zur Zeit läuft, wird man wohl ernsthaft erwägen, das gesetzliche Mengenziel auf die heutige Höhe anzuheben und auf diesem Weg das Problem zu „lösen“. Wer aber an der Verlagerungspolitik ohne Anführungszeichen interessiert ist, muss sich dagegen wehren.

Die Volkswahl des Bundesrats ist offensichtlich ein Stammtischthema. Das hat man auch im Ständeratssaal bei der Behandlung der aktuellen Volksinitiative gespürt. Selbstverständlich kann nicht behauptet werden, mit dieser Volkswahl würde das Volk geschwächt oder das Volk wäre nicht in der Lage, sich seine diesbezügliche Meinung zu bilden. Was mich veranlasste, dagegen zu stimmen, ist vor allem die Bedeutung des Geldes, das mit einer solchen Schweiz weiten Wahlkampagne verbunden wäre und die Gefährdung des Kollegialsystems im Bundesrat. Seine Mitglieder wären wohl gezwungen, ständig Wahlkampf zu betreiben und sich populistisch von ungeliebten Entscheiden des Gremiums öffentlich abzugrenzen. Aus dem jahrelangen Umgang mit den Kandidatinnen und Kandidaten kann sich das Parlament in der Regel ein gutes Bild über die politische Zugehörigkeit und die fachlichen Fähigkeiten der künftigen Regierungsmitglieder machen.

29.9.2012